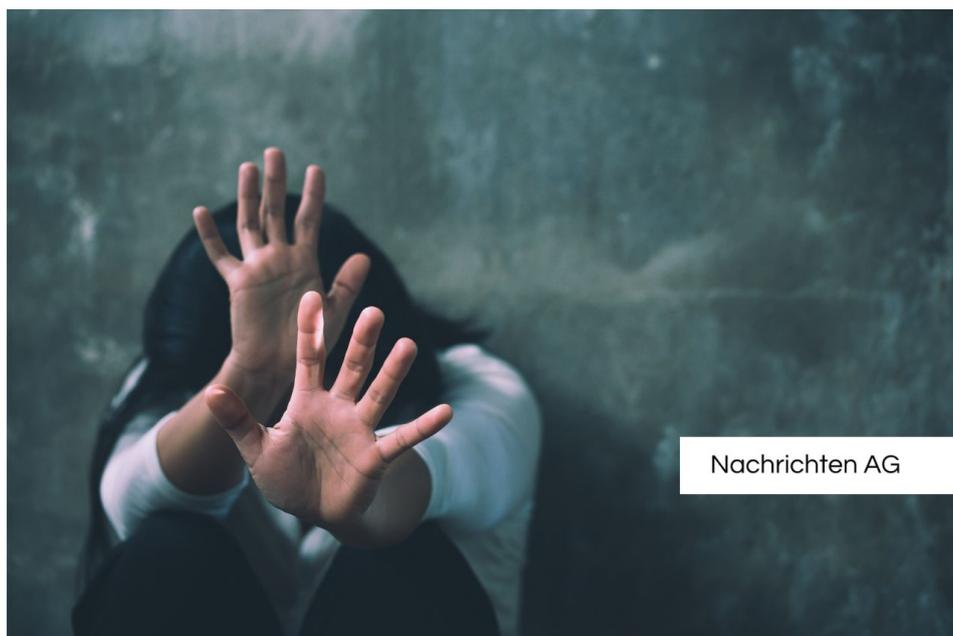


Frankfurt lehnt „Flinta-Waggons“ ab: Sicherheit bleibt ein heikles Thema!

In Frankfurt lehnt die Stadt den Vorschlag für spezielle U-Bahn-Waggons für Frauen und FLINTA ab, trotz Sicherheitsbedenken.



Frankfurt, Deutschland - Die Debatte um spezielle Waggons für Frauen, Lesben und andere nicht-männliche Personen (Flinta) in den Frankfurter U-Bahnen hat nachhaltig für Aufregung gesorgt. Der Vorschlag der Partei Volt, der darauf abzielt, ein „höheres Sicherheitsgefühl“ für diese Gruppen zu schaffen, wurde kürzlich von der Stadt Frankfurt abgelehnt.

Frauendezernentin Tina Zapf-Rodriguez und Mobilitätsstadtrat Wolfgang Siefert, beide von den Grünen, argumentieren, dass eine solche Kennzeichnung die Nutzung des Nahverkehrs komplizieren würde und zudem viele praktische und rechtliche Herausforderungen mit sich bringen könnte, wie aus **Merkur** hervorgeht.

Volt-Fraktionschef Martin Huber äußerte, dass es viele Berichte von Frauen gibt, die sich im öffentlichen Nahverkehr unsicher fühlen. Er machte deutlich, dass Frauen häufig unter unangenehmen oder sogar gefährlichen Situationen leiden. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass die „Flinta-Waggon“ nicht als Ersatz für gesamtgesellschaftliche Lösungen des Gewaltproblems gegenüber Frauen dienen sollten. In Hamburg gibt es bereits eine Petition für ähnliche Waggon in S- und U-Bahnen.

Praktische Herausforderungen und Sicherheitslage

Die Stadt Frankfurt nennt mehrere Bedenken hinsichtlich der praktischen Umsetzung. So könnten separate Einstiegsbereiche und geschlossene Abteile technisch kompliziert und kostenintensiv sein. Auch die Frage der Wagenreihung wird als problematisch erachtet: Eine feste Einordnung der Waggon sei im Alltagsbetrieb nicht gewährleistet und könnte zu Überfüllungen in anderen Wagen führen. Darüber hinaus wurde die rechtliche Grundlage für die Sanktionierung der Nutzung durch männliche Fahrgäste als unklar angesehen.

Derzeitige Sicherheitsvorkehrungen im Frankfurter Nahverkehr, wie Videoüberwachung, Notrufsäulen und ein ständiger Ordnungsdienst, gelten als ausreichend. Laut Umfragen zeigen sich die 230 Millionen Fahrgäste pro Jahr mit den bestehenden Maßnahmen zufrieden. In den letzten Jahren wurden keine spezifischen Beschwerden von Frauen wegen Belästigung bekannt.

Die Situation in NRW und die gesellschaftliche Verantwortung

Vorfall	Sexualdelikte
Ort	Frankfurt, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.merkur.de• www1.wdr.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de